

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Verlags-
Riesner
Riesner Nr. 50.
Riesner Nr. 50.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesner, des Rates der Stadt Riesner,
des Finanzamts Riesner und des Hauptamts Meissen bestellungsweises Blatt

Verlag:
Riesner 1530.
Grosshain:
Riesner Nr. 50.

Nr. 250.

Dienstag, 25. Oktober 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Belegpreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Heben. Für den Fall des Eintritts von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Abgaben und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ungelesen für die Nummer des Erscheinungstages bis 9 Uhr vormittags aufgegeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 50 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Eilen) 10 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; Zeitruben und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Ungelesen Rabatt zwölf, wenn der Betrag vorläufig durch Konto eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Rechnung stellt. Jahressatz und Erfüllungsort: Riesner. Adressänderungen, Anzeigenentwurf, Adressänderung, Anzeigenentwurf, Anzeigenentwurf — hat der Besteller zu übernehmen. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises, Retentionsdruck und Verlag: Langewiesche & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübnermann, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Tietze, Riesner.

Kommo am Scheidewege.

Der litauisch-polnische Konflikt mit seiner durch die Einwirkung der litauischen Proleten an den Völkernbund verschärften Situation dürfte den Dänen in Kommo die Erkenntnis gebracht haben, daß sie nunmehr am Scheidewege angelangt sind, an dem sie sich klar machen müssen, in welcher Richtung sie ihre auswärtige Politik zu gestalten gedenken. Die ostslawischen Auswanderer Warschaus und besonders die Vorgänge bei der Warsauer Jahresfeier haben unabweislich den unerschütterlichen Willen Polens bezeugt, niemals und unter keinen Umständen auf Wilna zu verzichten. Da die Zukunftsentwicklung, so die ganze Ökonomie Litauens als selbständiger Staat wirtschaftlich, verkehrstechnisch und geographisch auf die Voraussetzung der Wiedererlebung des dem Lande willkürlich entzogenen Warsauer Gebietes aufgebaut ist, ein Litauen ohne Wilna, ohne die tatkräftige Unterstützung seiner wirtschaftlich härteren Nachbarn einfach nicht leben kann, so muß sich auch Kommo jetzt die Frage stellen, wo es diese unbedingt notwendige Hilfe finden kann. Rußland, auf Grund seiner bolschewistischen Struktur, scheint als Faktor, auf den sich Kommo stützen könnte, ohne weiteres aus. Ebenso Polen, dessen Politik, auf weite Sicht gerichtet, Litauen nur als Objekt machtpolitischer Ausdehnungsgehrnisse betrachtet. Die übrigen Nachbarstaaten haben mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten selbst hinreichend beschäftigt zu sein. Eine tatkräftige Unterstützung der litauischen Wirtschaft von dieser Seite ist daher ebenfalls nicht zu erwarten.

So bleibt als einzige, starke, wirtschaftliche Macht, die Litauen den erforderlichen Kraftstrom abgeben könnte, Deutschland. Ein weit gefasster, deutsch-litauischer Handelsvertrag, die Deckung des deutschen Marktes für die litauischen Industrie- und Agrar-Produkte, das wären die einzigen Mittel, die dem litauischen Volke den Kampf um seine weitere Selbständigkeit erst ermöglichen könnten. Es kommt hinzu, daß Deutschland auf Grund der Isolierung Litauens selbst das allergrößte Interesse daran hat, die litauische Selbständigkeit gewahrt zu wissen. Würde doch der Zusammenbruch dieses Staates Warschaus das Erbe Kommos bedrohen, damit die Ausdehnung der Macht Warschaus bis zur litauischen Küste, damit die völlige Isolierung Ostpreußens im polnischen Meere. So kommen sich die Deutschen und die litauischen Tendenzen entgegen. So wäre auch vielleicht die enge Annäherung der beiden Völker schon längst Tatsache geworden, wenn nicht als einziger die erwünschte Ausdehnung störender Faktor die Memelfrage wäre.

Die Memelfrage, eigentlich sollte sie schon längst gelöst sein. Würde man nämlich den Abmachungen zwischen dem litauischen Ministerpräsidenten und dem deutschen Reichsaußenminister ein praktisches politisches Gewicht beilegen können. Aber die Eröffnung des memelländischen Landtages, besser gesagt, die Eröffnung des mit der litauischen Gouverneurin die memelländischen Abgeordneten begreift, enthält doch einiges, was nicht gerade als Schlüsselpunkt hinter dem abgeschlossenen deutsch-litauischen Meinungsäustausch gelockt werden darf. Der Weltöffentlichkeit, schließlich auch der litauischen Regierung dürfte es bekannt sein, daß dem memelländischen Volke das volle Autonomie-, konfessionell durch das sogenannte Memelstatut, gewährleistet wurde. Wenn nun der litauische Gouverneur bei der Eröffnung des memelländischen Landtages gewisse Forderungen in der Sprachenfrage in den Vordergrund seiner Ausführungen stellt, so greift er unbedingt in eine Materie ein, die seinem Kompetenz-Bereich nicht angehört. Man kann allerdings der Ansicht sein, daß der Gouverneur mit seiner Auslegung, die er dem Sprachenproblem gab, lediglich die Wünsche seiner litauischen Regierung bekanntgeben wollte. Wünsche, um deren Erfüllung er bittet, deren Erfüllung er aber diktorisch nicht verlangen kann. Würde man dieser Ansicht Raum geben, so könnte die Eröffnungsrede des Gouverneurs zu einer besonderen Aufregung seinen Anlaß bieten. Denn dann läge es schließlich in der Hand des Parlamentes des autonomen Memellandes und des Direktoriums, das in seiner Geschäftsführung auf das Vertrauen dieses Parlamentes angewiesen ist, den von dem litauischen Vertreter ausgesprochenen Wünschen Rechnung zu tragen oder nicht. Leider steht es aber nun nicht so aus, als ob Kommo die Kompetenz des in Memel eingeleiteten Gouverneurs so aufweist, wie sie auf Grund des Memelstatutes und der Rechte, die dem Memellande durch seine Autonomie gegeben sind, auszufallen werden müßte. Die Kommoer Presse-Kommentare und die ganze Haltung der litauischen Regierung deuten darauf hin, daß der Wortlaut der Eröffnungsrede ein Programm sein sollte, das das Parlament zu akzeptieren hat. Zweckmäßigkeit wird sich die litauische Regierung darüber im klaren sein, daß, wenn sie dem Memellande die beiden Sprachen nicht nur als offizielle Amtssprachen, sondern auch als obligatorische Schulsprachen aufzwingt, sie das dem Memellande gewährte Autonomierecht verletzt. Daß sie mit dieser Verletzung den alten Kulturkampf wieder aufleben läßt, damit aber auch die Völkerverbände des Memelstatutes, mit ihnen auch Deutschland, wieder auf den Plan ruft. Daß bei einer solchen Haltung der litauischen Regierung und Ausübung nicht herbeigeführt werden kann, liegt klar auf der Hand. Noch steht die litauische Regierung am Scheidewege. Der eine Weg führt zur deutschen Hilfe, das heißt, zur Rettung der litauischen Selbständigkeit; der andere Weg führt in das Chaos der Ungewißheit. Wie gesamt, Kommo hat die Entscheidung.

Rabinettsrat über Barter Gilberts Brief.

M. Berlin, 24. Oktober. (Telunion.) Neber die heutige Rabinettskennung wird folgendes Kommuniqué abgegeben: Das Reichskabinettsrat beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit der Prüfung des kürzlich dem Reichsfinanzministerium von dem Reparationsagenten übermittelten Memorandum. Inzwischen nahm das Kabinettsrat von den Darlegungen Kenntnis, welche der Reichsfinanzminister am 24. d. Mts. dem Hauptamt des Reichstages über die Finanzlage des Reiches machen wird.

Die Besprechungen mit den Parteiführern.

Berlin. (Hauptstadt.) Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsfinanzminister Dr. Brüning besprachen heute vormittag ihre Besprechungen mit den Parteiführern im Reichstage über die Finanzlage des Reiches. Zunächst empfingen die Minister die Führer der Regierungsparteien in gemeinsamer Besprechung. Es waren erschienen die Abgeord. Graf Helldorf (Dn.), Brüning (Nrt.), Dr. Schulz (Dn.) und Reich (Dn.). Die Besprechung des Reichsfinanzministers in Gegenwart des Reichskanzlers mit den Führern der Regierungsparteien über die Finanzlage des Reiches und die Besprechung der Reparationsagenten dauerte über eine Stunde. Die Minister empfingen darauf die Führer der anderen Parteien, nämlich die Abgeord. Weis, Wittmann und Dr. Gierlich von den Sozialdemokraten, Koch-Weser und Dietrich-Baden von den Demokraten und den Wirtschaftsparteiler Drenth, um sie gleichfalls über die Finanzlage zu informieren. Ferner hatte der Reichsfinanzminister für heute vormittag noch eine Besprechung mit Gewerkschaftsführern in Aussicht genommen. Die Besprechungen mit den Regierungsparteien sind, wie das Nachrichtenbüro des Reiches, mitteilen konnte, doch durch die Reichsfinanzminister die Parteien mit den Parteien gehalten.

Das Kontrollkomitee will eingreifen.

Von unserem Berliner Vertreter.
qu. Berlin. Alles Vertulichen hat nichts genützt! Die Taktik des Reichsfinanzministeriums, den Schritt des Reparationsagenten einfach abzulehnen, hat nur dazu geführt, daß die deutsche Öffentlichkeit durch ausländische Zeitungen die Wahrheit erfahren mußte, und wenn die mit der Information der Presse beauftragten Beamten noch in den letzten Tagen glaubten, verhindern zu können, daß von einem „Einpruch“ des Reparationsagenten gar keine Rede sein könne und dann, nachdem alles offenbar geworden ist, erklären, sie hätten doch ganz recht gehabt, denn in dem fraglichen Brief wären ja nur „Bedenken“ geäußert worden, so wird die Öffentlichkeit ja auch für eine derartige Wortklauberei nur wenig Verständnis aufbringen können. Man versteht nicht recht, weshalb diese Angelegenheit derartig geheimnisvoll behandelt wird, obwohl das Ausland völlig und wir wenigstens teilweise im Bilde sind, wie es mit unseren Finanzen steht. Wozu die offiziellen

Communiqués, die nichts belegen, wir wissen sehr auf, daß zwischen Dr. Brüning und Barter Gilbert bis zur Stunde noch keine Einigung erzielt worden ist, und wir wissen sogar — leider noch viel mehr. Mit dem Reichsfinanzministerium bekannt, daß ein Schritt des Komitees für die Kontrolle des Dames-Planes unmittelbar bevorstehen soll? Das „Echo de Paris“, offiziöses Blatt des französischen Generalkons, dem man schon einige Kenntnisse über die Absichten des Kontroll-Komitees zutrauen kann, teilt sehr ausführlich mit, daß man geradezu empört über den Dages sei, der in Deutschland von gewissen Kreisen betrieben werde. Die Nachricht über die Erhöhung der Beamtengehälter hätte dem Reich den Boden ausgeschlagen, da die Staaten, die den Krieg gewonnen haben, sich uns gegenüber wie die armen Vetter vorlämen. Weiter wird uns da die Rechnung aufgemacht, daß wir bisher 500 Millionen Dames-Rablungen geleistet haben und dafür 550 Millionen auf Anleihenwegen heringekommen hätten. Zum Schluss wird die Frage aufgeworfen, wie lange wir das eigentlich so weiter machen wollen und was sich wohl herausstellen würde, wenn wir jetzt einmal die Bilanz ziehen müßten. Das Reichsfinanzministerium ist, darüber kann gar kein Zweifel mehr bestehen, durch den Schritt des Reparationsagenten überrascht worden. Es wird sich nicht ein zweites Mal durch eine Note des Kontroll-Komitees überrumpeln lassen dürfen. Es ist leicht gesagt, daß ausländische Intentionen uns nicht hineinzureden hätten. Wer das behauptet, kennt die Bestimmungen des Dames-Planes nicht genau. Der Reparationsagent kann sehr wohl Einspruch erheben, wenn er die Sicherheit der Reparationsleistungen gefährdet glaubt. Allem Anschein nach ist dies der Fall, und es steht sogar sehr danach, als ob er das Kontroll-Komitee bereits mobil gemacht hat. Außerdem besteht natürlich die Möglichkeit, daß uns von Amerika die Aufnahme von Anleihen gesperrt wird, wozu ein Wort des Reparationsagenten genügen würde. Weiter steht aber der Dames-Plan auch direkt vor, daß wir keine Ausgabe machen dürfen, durch die die Sicherheit der Rablungen in Frage gestellt wird. Nach Ansicht des Reparationsagenten, die übrigens unseres Wissens bereits wieder in einer maßgebenden New Yorker Zeitung veröffentlicht ist, ist keine Bedingung für die Kosten vorhanden, die die Durchführung der Besatzungsreform veranlassen, wenn nicht neue Steuern aufgelegt werden. Neue Steuern aber sind nach der Ansicht Barter Gilberts — und darin werden ihm wohl alle Deutschen zustimmen — für unsere Wirtschaft untragbar. Sie würden die Industrie zum Erliegen bringen und damit — und das ist für das Kontroll-Komitee entscheidend — die Händler vernichten, die für die Durchführung des Dames-Planes bürgen. Verschiedentlich wird die Ansicht vertreten, daß wir jetzt sofort eine Aktion einleiten müßten, um eine Revision des Dames-Planes zu erreichen. Wir glauben wohl nicht mit Unrecht, daß der jetzige Zeitpunkt der denkbar ungünstigste wäre, denn die Antwort, die wir erbalten würden, können wir uns nach den Ausführungen des „Echo de Paris“ wohl an allen fünf Fingern abzählen.

Gewerkschaftsappell wegen der Steuerung.

Berlin. (Hauptstadt.) Angesichts der Preisbewegungen hat der Vorstand des Gewerkschaftsbundes an den Reichskanzler heute vormittag eine Eingabe gerichtet, in der auf die bedrohliche Preisbewegung eingegangen hingewiesen wird. Die Eingabe stellt fest, daß namentlich Nahrungsmittel seit Beginn des Jahres durchschnittlich um 20 bis 25 Prozent gestiegen sind. Es wird weiter der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß bei der Preissteigerung weitere Preissteigerungen eintreten werden, die auch die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger der privaten Wirtschaft herabmindern müßten. Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes fordert eindringlich von der Regierung die wirksame gleichzeitige Bekämpfung des existenzbedrohenden Monopolismus durch Verschärfung und Erweiterung der Kartellverordnung vom Jahre 1923 und durch Abbau der Rölle. Diese Denkschrift wird auch das Reichskabinettsrat beschäftigen. Der Reichskanzler dürfte sehr bald mit den Führern der Spitzenverbände der Wirtschaft und der Gewerkschaften in Erfahrung treten, um gemeinsam mit ihnen Maßnahmen durchzuführen, die von der Regierung in Aussicht genommen sind.

Die Scheinblüte der deutschen Wirtschaft.

Ein Interview mit Direktor Covernheim.
Paris. (Telunion.) Der „Matin“ veröffentlicht einen längeren Aufsatz Covernheims über die deutsche Anleihepolitik, die nach seiner Meinung mit einer politischen und Wirtschaftskrisis enden müsse. Sauerwein gibt dann eine Unterredung mit dem Direktor der Commerz- und Verkehrsbank, Kurt Covernheim, wieder, der ihm u. a. erklärt: Während die Anleihebedingenden nur die Vorteile einer solchen Operation hervorheben und volle Bewegungsfreiheit durch die Unterbringung des ausländischen Geldes verlangen, hätten Dr. Schwab und diejenigen, die genügend kritischen Geist hätten, um ihn zu unterstützen, die Kosten der Zukunft und nicht einfach den unmittelbaren Nutzen im

Auge. Es sei klar, daß ein Staat, der, wie Deutschland, einen großen Teil seines Kapitals durch den Krieg, die Nachkriegszeit, Besetzung und Inflation verloren habe, seine Wirtschaft nicht aus eigenen Mitteln wieder aufbauen könne. Deshalb habe man anfangs das Heranfließen fremden Kapitals für die Wiederaufbauarbeiten der Währungsreform zum Dollarkurs von 4,20 M.M. bequimgt, aber man sei jetzt auf einem Punkt der Sättigung angelangt, wo die Inflation neuer Anleihen ohne Unterschied für die Zukunft große Befürchtungen bezüglich der für die Vergütung und Amortisierung notwendigen Devisen rechtfertige. Für die deutsche Arbeiterchaft erkläre sich daraus eine befriedigende Aktivität und ein teilweise unzureichender Konium. Es habe den Anschein eines blühenden Wirtschaftsdanges erreicht, der durch die wahre Lage Deutschlands nicht begründet sei.

Zurückziehung von Besatzungstruppen.

Paris. Wasas meldet aus Mainz: Die Verminderung der Stärke der Besatzungstruppen hat gestern begonnen. Sechs Maschinengewehr-Bataillone haben das besetzte Gebiet verlassen und sind auf eine gewisse Anzahl französischer Armeekorps verteilt worden. Zwei Maschinengewehr-Bataillone sind aus Koblenz und ein einziges aus Worms, Neustadt, Speyer und Bunden zurückgezogen worden. Die Truppenverminderung wird heute fortgesetzt. Zwei Bataillone des 82. Eisenbahner-Regiments haben Trier mit Bestimmung Toul verlassen.

Zugung der Internationalen Luftfahrtkommission.

Rom. In Anwesenheit des Unterstaatssekretärs für Luftfahrt Balbo trat gestern die Internationale Luftfahrtkommission unter Teilnahme von Vertretern aus 24 Ländern zusammen. Balbo wies darauf hin, daß das Jahr 1927 dadurch eine besondere Bedeutung hat, daß es den Beginn der Ozeanluftfahrt bezeichnet. Zum Vorsitzenden der Kommission wurde General Bicco gewählt.